

Fehlentwicklungen bei der HSH Nordbank

Ein Zwischenbericht aus dem Untersuchungsausschuss

Joachim Bischoff

Der frühere Vorstandsvorsitzende der angeschlagenen HSH Nordbank, Alexander Stuhlmann, hat im Untersuchungsausschuss der Hamburger Bürgerschaft die Aussage verweigert. Diese Aussage- und Kooperationsverweigerung ist nach den eher auskunftsfreudigen Auftritten des früheren Aufsichtsratsvorsitzenden Peiner und des amtierenden Vorstandschefs Nonnenmacher eine neue Qualität. Im Ausschuss ist schon einiges zusammengetragen worden und in Verbindung mit bankinternen Aufräumarbeiten, den Recherchen und Ausarbeitungen von Rechtsanwalt Dr. Strate und den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft tritt immer klarer hervor: Es gab auch bankinterne Fehlentwicklungen und Fehlentscheidungen, die personell zurechenbar sind und nicht allein auf den Ausbruch der Finanzkrise geschoben werden können.

Der Anwalt des früheren Bankchefs Stuhlmann, Schwenn, begründete das Schweigen seines Mandanten am Freitag damit, dass dieser sich möglicherweise der Gefahr einer Selbstlastung aussetze. Stuhlmann leitete die HSH Nordbank seit ihrer Gründung 2003 bis Ende 2006. Davor war er viele Jahre Chef der Hamburgischen Landesbank, aus der zusammen mit der Landesbank Schleswig-Holstein die HSH Nordbank entstand. Nach seinem Engagement bei der HSH Nordbank war Stuhlmann bis Mitte 2008 Chef der WestLB.

Bekanntlich hat die HSH Nordbank über den damaligen Aufsichtsrat (Vorsitzender Wolfgang Peiner) selbst im November 2008 nach dem Aufdecken von erheblichen Verlusten die Wirtschaftsprüfer zu einer vertieften Prüfung beauftragt. Das Ergebnis war eine lange Liste von Mängeln, die über 300 Punkte enthielt. Das vernichtende Urteil, dass die Bank im kritischen Krisenjahr 2008 zeitweilige über längere Zeit keine Kontrolle über ihre Geschäftsorganisation und Ertragslage hatte, war rückblickend ebenso deutlich wie die Quittung durch Markt: Die Bank verbuchte einen Verlust von 2,9 Milliarden Euro und konnte nur durch die Unterstützung des Bankenfonds SoFFin sowie Kapitaleinschüsse und Garantien der Eigentümer Hamburg und Schleswig-Holstein vor dem Konkurs bewahrt werden. Nach dem eindeutigen Urteil der Wirtschaftsprüfer beauftragte der Aufsichtsrat die Anwaltskanzlei Freshfields mit der Untersuchung von Fehlentwicklungen.

Freshfields kommt zu der gleichen Einschätzung wie die KPMG-Wirtschaftsprüfer: Die zahlreichen und unleugbaren Schwächen der Organisation der HSH Nordbank und insbesondere ihres Risikomanagements haben das Finanzinstitut in der schweren Finanzkrise im Herbst 2008 an den Rand der Handlungsfähigkeit gebracht. Die Massivität der Finanzmarktkrise hat aufgedeckt, dass die HSH Nordbank ihre

eigene Vermögens- und Ertragslage allenfalls überschlägig einschätzen konnte. Sie war erst im nachfolgenden Jahr wieder handlungsfähig. Diese Einschätzung steht vordergründig im Widerspruch zu der Bewertung der Wirtschaftsprüfer vom BDO, die der Geschäftsorganisation der Bank im Jahr 2007 volle Leistungsfähigkeit attestiert haben.

Freshfields hält dem Vorstand und Aufsichtsrat zugute, dass die Schwächen der Geschäftsorganisation erst durch die Krise selbst in Erscheinung traten. Man kann aus der Bewertung schließen, dass die Geschäftsorganisation und Risikokultur der Bank so konfiguriert sein muss, dass die Handlungsfähigkeit auch in kritischen gesamtwirtschaftlichen Situationen gewährleistet sein muss.

Freshfields führt in seinem Gutachten selbst drei Vorgänge an, die belegen, dass Vorstand und Aufsichtsrat schon vor dem Ausbruch der Wirtschaftskrise in den Verdacht möglicher Pflichtverstöße gerückt werden.

1. Die Bündelung wesentlicher Teile des Kreditersatzgeschäfts auf die NSec in den Jahren 2004 und 2005 sei ein handstreichartiger Vorgang gewesen, der ohne angemessene Vorbereitung vom Vorstand beschlossen wurde und auch in der Durchführung gravierende Mängel aufgewiesen hätte. Bankintern wurde vor den Risiken des Kreditersatzgeschäfts und den Gefahren hoch strukturierter Wertpapiere gewarnt und als Beleg wurden die negativen Erfahrungen aus zwei solcher Kreditgeschäfte angeführt. Bei beiden Projekten handelt es sich um größere Geschäfte in hoch strukturierten Wertpapieren, die vor der Fusion getätigt wurden und die die HSH Nordbank nie unter Kontrolle bekam. Die Bündelung dieser Geschäfte in Luxemburg und London hatte auch den Hintergrund, die bankinternen Bedenken zu umgehen.
2. Die Bündelung des Kreditersatzgeschäfts an zwei Standorten und die strukturellen Schwächen des Risikomanagements führten dazu, dass sich der Bereich des Kreditersatzgeschäfts über längere Zeiträume dem kontrollierenden Gegengewicht des Marktfolgebereichs entziehen konnte und dafür sorgte, dass sich ein fruchtbarer Nährboden für falsche hoch risikobehaftete und letztlich verlustreiche Sachentscheidungen herausbildete.
3. Ende 2007, als der Ausbruch der Finanzmarktkrise sich überall abzeichnete, musste die Bank auf fragwürdige Instrumente wie Entlastungstransaktionen, Verbriefungen und synthetische Absicherungen von Portfolien von weit über 17 Milliarden Euro zurückgreifen. Die Bank hatte ein zu hohes Risikopotenzial aufgebaut und die Möglichkeit einer fundamentalen negativen Zukunftsentwicklung wurde nie ernsthaft in Betracht gezogen. Die Bank setzte auf bedingungslose Expansion und vernachlässigte die mögliche negative

Gesamtmarktentwicklung in der Risikosteuerung. Deshalb waren diese Verbriefungs- und Auslagerungstransaktionen teuer und verlustreich.

Bilanzfälschung und Verschleierung des Scheiterns des Geschäftsmodells?

Schon während der Aufsichtsratssitzungen im September und Dezember 2007 ging es zentral um das Geschäftsmodell der Bank. Die Bank werde – so die Einschätzung in Vorstand und Aufsichtsrat – nicht allein in der Lage sein, die Gefahr einer Herabstufung durch Ratingagenturen (Downgrading) abzuwenden. Insofern wurde mit Hochdruck eine Auslagerung von Risikopapieren und Verbriefungen betrieben. Ein Verkauf kam wegen der Marktbedingungen nicht zustande, deshalb wurde zu dem Mittel der Auslagerungen gegriffen. In den Sitzungen von Vorstand und Aufsichtsrat wurde als zwingendes Ziel festgelegt, bis Jahresende 2007 eine Verbesserung der Kapitalquoten zu erreichen, um ein Downgrade und eine damit verbundene grundsätzliche Gefährdung des Geschäftsmodells zu vermeiden. Der Transfer von Ausfallrisiken betrug letztlich 17,3 Milliarden Euro mit einer bilanzwirksamen Entlastung des Eigenkapitalbedarfs von 12,6 Mrd. Euro.

Zusammengefasst:

Die HSH- Nordbank hat nach längeren Debatten im Vorstand und Aufsichtsrat

a) Risikopapiere und Verbriefungen von nominal 17,3 Milliarden Euro aus der Bilanz verlagert;

b) für die Transaktionen wurden ca. 50 Millionen Euro aufgewandt;

c) ohne diese Operationen hätte die Bank berichten müssen, dass ihre Gesamtkapitalquote von 10,2% von Ende 2006 auf 9,4% Ende 2007 gesunken ist. Dies hätte ein anderes Bild mitten in der Finanzkrise auf das Institut geworfen.

d) man kann sich zu recht fragen, wie eine Bank derart anfällig hinsichtlich äußerer Einflüsse sein kann. Die Antwort : man hat gegen elementare Sorgfaltspflichten eines ordentlichen Kaufmanns und Bankbetriebes verstoßen, aus niederen Beweggründen der Gier und Selbstbereicherung:

- verschärfend zu den organisatorischen und personellen Defiziten kam hinzu, dass seit dem Wegfall der Gewährträgerhaftung 2005 zunehmend gegen den Grundsatz der Fristkongruenz verstoßen wurde. Mit Fristenkongruenz ist die Aus- und Refinanzierung von langfristigen Anlagen wie Wertpapiere in weitmöglichst identischer Festschreibung und Laufzeit gemeint, auch als „goldene Bankregel“ bezeichnet. Tatsächlich hat die HSH-Nordbank ihre langfristigen Wertpapieranlagen

größtenteils nahezu täglich fällig ausfinanziert, um den zusätzlichen Margengewinn aus Geldmarkt und Kapitalmarkt mitzunehmen. Dieses funktionierte in der 2.Hälfte 2007 nicht mehr ausreichend, es drohte Downgrading, also deutliche Verteuerung der revolvingierenden Geldbeschaffung am Geldmarkt, zudem wurde die HSH die langfristigen Anlagen wie eigene Wertpapiere nicht mehr los, da kein Markt mehr da war, der Wertpapiere oder verbriefte Kredite aufzunehmen bereit war. Es gab nur noch einen Ausweg, diesen riesigen Wertpapierberg zu verkleinern, nämlich die Auslagerung in Zweckgesellschaften. So verfuhr man dann in der Not auch und nahm riesige Transaktionskosten in Kauf. Und dieses alles nur, um wieder Liquidität ins Unternehmen zu bekommen. Kredite an Kunden durfte und konnte man aus diesem Grund sowieso schon nicht mehr herauslegen.

Die Führung der Bank (Vorstände und Aufsichtsrat) steht somit im Verdacht, Ende des Jahres 2007 eine Bilanzverschönerung oder Bilanzfälschung betrieben zu haben. Es geht um die These, dass die Bank eigentlich schon in einem frühen Stadium der Finanzkrise am Ende war. Durch Aufhübschung der Bilanz konnte der Zustand verschleiert werden und nach dem Konkurs der US-Großbank Lehman im September 2008 trat der trostlose Zustand bei der HSH Nordbank zutage und führte logischerweise zu höheren Verlusten, die bei einem frühzeitigen Gegensteuern hätten minimiert werden können.

Diese Operation „Verschönerung der Bilanz“ ordnet sich in eine mehr als schlampige Geschäftsführung ein. So haben die mit einer Sonderprüfung beauftragten Wirtschafts- und Bilanzprüfer für das Jahr 2008 der Geschäftsführung 398 mehr oder minder gravierende Verstöße gegen eine ordnungsgemäße Geschäftsführung vorgehalten.

Zur Frisierung der Bilanz gehören die Geschäfte namens Omega. Insgesamt wurden damals rund 17 Milliarden Euro in Kreislaufgeschäfte geschickt, um die Kapitaldeckung für Risikogeschäfte geringer ausweisen zu müssen. Omega war eine solche Transaktion mit der französischen Bank BNP Paribas, bei dem die HSH Nordbank kurz vor Jahresabschluss 2007 Kreditrisiken in Höhe von 1,975 Milliarden Euro in Briefkastenfirmen verschob. Die Transaktionen dienten der Verbesserung der genannten Quoten zum Jahresultimo. Die Presse verweist auf einen Bericht des Risikoausschusses, in dem eine ganze Reihe ähnlicher Kreditsicherungsgeschäfte notiert werden. Dank solcher Deals konnte die Nordbank finanzrechtliche Auflagen umgehen, nach denen Institute einen Teil der ausgereichten Kredite mit eigenem Kapital gegen Ausfall hätten sichern müssen. So wundert es nicht, dass die beiden Banken kurz nach Bilanzschluss im Frühjahr 2008 ihre Milliardenkredite bereits wieder zurückholten.

Ein Punkt der Auseinandersetzung ist: War nicht auch Herr Nonnenmacher in die Bilanzverschönerung verstrickt? Am 7. April 2008 berichtete der damalige Finanzvorstand und heutige Bankchef vor Aufsichtsräten über die Omega-Transaktion. Offensichtlich hat Dr. Nonnenmacher seinen Vortrag auf eine falsche Ausarbeitung gestützt und es geht auch darum, ob ein Finanzvorstand diese Unzulänglichkeiten hätte erkennen können und müssen. Nonnenmacher weist die Verantwortung für den Omega-Deal von sich, obwohl auch er den Vertrag mit unterschrieb. Das Risikomanagement der Bank hatte den Deal im Dezember 2007 zwar grundsätzlich als "akzeptabel" freigegeben, intern gegenüber dem Vorstand allerdings auch angemahnt, die Prüfungszeit sei angesichts der komplexen Transaktionen zu kurz gewesen.

Gestützt auf das Gutachten der Anwaltskanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer, auf dessen Basis der Aufsichtsrat der HSH Nordbank zwei Vorstände entlassen hat, wird auch dem jetzigen Vorstandschef Dirk Jens Nonnenmacher eine Beteiligung an der Bilanzverschönerung zugesprochen. Die Bank gibt an, bei der Aufsichtsratssitzung habe Nonnenmacher damals kurzfristig den eigentlich zuständigen Risikovorstand vertreten müssen. Bei der Präsentation habe es sich nicht um seine eigenen Berechnungen gehandelt. Eine Pflichtverletzung von Herrn Prof. Dr. Nonnenmacher habe nicht vorgelegen, obwohl er eine fehlerhafte Entscheidungsgrundlage vorgetragen habe. Er habe unter starken Zeitdruck gestanden, sei noch nicht richtig eingearbeitet gewesen und habe sich im Übrigen auf seine Mitvorstände verlassen müssen. Der dafür zuständige Kapitalmarktvorstand Friedrich, Risikovorstand Strauß sowie Vize-Vorstandschef Rieck hätten ihre Kollegen vielmehr nicht hinreichend über die wahren Risiken informiert. Die Bank geht davon aus, dass die Mängel dieses Geschäftes nicht derartig offensichtlich waren, dass sie den Vorständen zwingend ins Auge hätten fallen müssen. Mit anderen Worten: Eigentlich beherrscht Herr Nonnenmacher sein Geschäft nicht.

Der jetzige Aufsichtsratchef Hilmar Kopper weist jedwede Kritik an Vorstandschef Nonnenmacher zurück: Das Gutachten der Anwaltskanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer habe Vorgänge und Verantwortlichkeiten der vergangenen Geschäftsjahre intensiv aufgearbeitet, einschließlich der Omega-Transaktionen. Die Inhalte des Gutachtens wurden nach Vorlage vom Aufsichtsrat bewertet. Der Aufsichtsrat hat vor dem Hintergrund des Gutachtens dem Vorstandsvorsitzenden das volle Vertrauen ausgesprochen und neue Vorstände berufen. Es gäbe keine neuen Erkenntnisse.

Bei den Kreislaufgeschäften wie Omega, St. Pancras etc. wurden Aktien- und bankrechtliche Vorschriften massiv strapaziert und verletzt. Rechtsanwalt Strate schätzt die Gesamtkosten für die Auslagerung auf rund 50 Millionen Euro. Zudem wurden bei diesen Geschäften die vorgeschriebenen Fristen unterlaufen. Die Darstellung im Geschäfts- und Lagebericht des Jahrs 2008 war irreführend. Vom Volumen der Transaktionen – knapp ein Prozent des Bankumsatzes und der erzielten Entlastung – konnte sich die Bank besser präsentieren. Sie dienten allein

dem Zweck, eine höhere Gesamtkapitalquote auszuweisen als es der wirtschaftlichen Realität entsprach.

Der zeitweilige Transfer der risikogewichteten Aktiva bewirkte eine Erhöhung der Gesamtkapitalquote um 1%, was eine wesentliche Veränderung im Sinne des Bilanzrechtes ist. Ohne diese Transaktionen hätte die Bank berichten müssen, dass die Quote von Ende 2006 zum Jahresende gesunken ist. Die Vorschriften über das Eigenkapital wurden somit verletzt. Trotz dieser Transaktionen blieb auch 2008 das Geschäftsmodell der HSH Nordbank gefährdet, wie selbst der damalige Vorstandsvorsitzende Berger in der Aufsichtsratssitzung vom März 2008 zugeben musste. Die Refinanzierungskosten für die Bank selbst wären nochmals deutlich höher geworden und hätten die Abwärtsspirale sowie die Liquiditätslage erneut deutlich beschleunigt!

In der Aufsichtsratssitzung am 7. März 2008 war bereits klar, dass sich die Lage am weltweiten Finanzmarkt nicht entspannt, sondern ganz im Gegenteil, wiederum deutlich verschärft hatte. Das Rating der Bank war aufgrund der ungenügenden Kapitalausstattung weiterhin akut gefährdet. Deshalb forderte der Vorstand von den Eigentümern dringlich weitere Stützungsmaßnahmen, die Bank benötige von den Aktionären noch im 1. Quartal eine Zusage für eine Kapitalstärkung der Höhe und der Struktur nach, sofern aufgrund der Marktsituation kein IPO ("Börsengang",) im Jahre 2008 durchführbar sei. Aufgrund der strukturellen Lücke betrage der Kapitalbedarf durch die Gesellschafter voraussichtlich ca. 1,7-1,8 Mrd. Euro, der durch die Wandlung der restlichen Stillen Einlagen und der Vorzugsaktien in Stammaktien sowie einer Zufuhr von frischem Kapital gedeckt werden sollte.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung warb Senator Freytag für einen Kapitaleinschuss in Höhe von 2 Mrd. Euro, der mit Mehrheitsbeschluss in der Bürgerschaft Mitte 2008 unter Verweis auf die gute Situation der Bank beschlossen wurde. Im Ergebnis ist das Geschäftsmodell durch die rechtswidrige Entlastungstransaktion so wenig gerettet worden, wie durch die infolge der Vorspiegelung einer guten Geschäftsentwicklung zustande gekommene Kapitalerhöhung Mitte 2008 in Höhe von 2 Mrd. Euro.

Welche Rolle spielte der ehemalige Vorstandschef Stuhlmann und welche Nonnenmacher heute?

Stuhlmann war nach der Fusion der Landesbanken für das Aktionsprogramm Kapitalmarktfähigkeit verantwortlich. Dazu war ein radikaler Umbau des Geschäftsmodells unverzichtbar. Der Erfolg dieses Geschäftsmodells basierte auf der Erwartung einer weiter boomenden globalen Wirtschaftsentwicklung. Weiter bedeutet dies die beschleunigte Umstellung auf eine andere Banksteuerung mit

erheblichen Belastungen der internen Ressourcen. Der angestrebte schnelle Übergang bei der Bilanzierung und Steuerung von HGB auf IFRS (Internationale Bilanzierungsregeln) zeigte erkennbar deutliche Probleme. Für viele Finanzprodukte ist nicht mehr der Marktpreis wesentlich, sondern ein modellgetriebener Verrechnungspreis. Daher fordert die Umstellung von den Vorschriften des Handelsgesetzbuches auf das neue System erhebliche bankinterne Festlegungen.

Außerdem kam es Ende 2006 zur Demission von mehreren Vorstandsmitgliedern; vor allem bis Oktober 2007 war der Kapitalmarktvorstand und wichtige Positionen auf der ersten Führungsebene nicht besetzt.

Das von Stuhlmann auf den Weg gebrachte Geschäftsmodell überstand das Krisenjahr 2007 nicht. Sein sich anbahnendes Scheitern wurde zunächst kaschiert, es brach dann trotz einer Kapitalerhöhung von 2 Mrd. Euro im Herbst 2008 zusammen.

Das so genannte Freshfields-Gutachten bestätigte die zahlreichen Defizite in der Geschäftsorganisation und etliche Verstöße gegen aktien- und bankrechtliche Regulierungen, die – wie immer wieder in dem Gutachten betont wird – eine längere Vorgeschichte haben und nicht das Resultat einer unzureichenden Organisation des Krisenjahres 2008 waren. Das Freshfields-Gutachten richtet sich ausschließlich auf die Frage von Pflichtverletzungen seitens der Vorstände. Im Gutachten wird betont, dass sich die Analyse des Niederganges der Bank "auf die Prüfung der Verantwortlichkeit von Mitgliedern des Vorstands der Bank beschränkt hat". Nach Vorlage des Gutachtens hat sich die HSH Nordbank von zwei amtierenden Vorständen getrennt und gegen sie, sowie zwei weitere frühere Vorstandsmitglieder die Prüfung von Regressansprüchen eingeleitet. Ausdrücklich ausgenommen von dem Verdacht einer Pflichtverletzung wird in dem Freshfield-Gutachten der Vorstandschef Nonnenmacher, obwohl er seit Oktober 2007 als Kapitalmarktvorstand an allen Entscheidungen beteiligt war und seine Unterschrift auch unter den heute strittigen Transaktionen steht. Mittlerweile hat die Bank die Ermittlungen wegen des Verdachts von Pflichtverletzungen auf die Aufsichtsräte ausgeweitet.

Dirk Nonnenmacher hat als Zeuge vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss der Hamburger Bürgerschaft ausgesagt. Er räumte vor dem Hintergrund des kritischen Gutachtens der Wirtschaftsprüfer für die Jahre 2007/2008 ein: "In der HSH Nordbank gab es erhebliche Prozessschwächen, es gab Fehlentwicklungen und Fehleinschätzungen. Als sich die Finanzmarktkrise zuspitzte, geriet die Bank auch deshalb in eine dramatische Schieflage". Genau darum geht es im Untersuchungsausschuss: Welchen hausgemachten Anteil an den enormen Verlusten zu Lasten der öffentlichen Eigentümer haben die Prozessschwächen in der Bank.

Die bankinternen Fehlentwicklungen wurden seit 2007, vor allem auch von den verantwortlichen Politikern in der Bank, verschwiegen und dadurch sind die Verluste im Jahr 2008/2009 massiv angestiegen. Nonnenmacher schilderte seinen Einstieg als Vorstandsmitglied 2007 und die Finanzkrise der folgenden Jahre, die die HSH Nordbank „mit voller Wucht“ getroffen habe. Die Bank „stand am Abgrund“. Nonnenmacher, Vorstandschef seit November 2008, bedauerte, dass das Geldinstitut die Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein in eine schwierige Lage gebracht habe. Das Haus sei damals ein Sanierungsfall gewesen. „Wir arbeiten intensiv bis in die Gegenwart daran, die Mängel zu beheben“.

Nonnenmacher erklärt weiter: „Im Zuge der globalen Finanzmarktkrise ... traten in der HSH Nordbank im Jahr 2008 die Versäumnisse immer deutlicher zutage... Signifikante Verbesserungen bei den Abläufen und Prozessen sind auch im Jahr 2009 weiter umgesetzt worden.“ Die HSH Nordbank rutscht immer noch von Quartal zu Quartal tiefer in die roten Zahlen. Das Institut fuhr in den ersten neun Monaten 2009 einen Nettoverlust von rund 821 Millionen Euro ein, für das Gesamtjahr wird mehr als eine Milliarde Euro erwartet. Das Minus für 2008 hatte 2,8 Milliarden Euro betragen. Auch 2010 ist nicht mit einem ausgeglichenen Ergebnis zu rechnen.

Ein wesentlicher Punkt in der Auseinandersetzung sind die Verhältnisse am Ende des Geschäftsjahres 2007. Nonnenmacher hatte bereits bei Befragungen im Haushaltsausschuss der Hamburger Bürgerschaft im Februar 2009 eingeräumt, dass die Bank Ende 2007 ihr Neugeschäft im Wertpapierersatzbereich einstellen und herunterfahren musste. Bankintern, beim parlamentarischen Untersuchungsausschuss und durch Verfahren bei der Staatsanwaltschaft geht es, darum, ob die Entlastungsoperationen aufsichtrechtlich zulässig waren oder den Verdacht der Bilanzfälschung und einer schweren Untreue zu Lasten der Eigentümer begründen.

Fest steht: Ende 2007 haben die Verantwortlichen in der HSH Nordbank mit fragwürdigen Methoden Maßnahmen ergriffen und abgesegnet, um die Zahlen und das Jahresergebnis besser darzustellen als es tatsächlich war. Auch hier räumte Nonnenmacher vor dem Untersuchungsausschuss ein: „Gleichwohl hat die Bank sowohl bei der Eingehung dieser Transaktionen wie bei ihrer späteren Handhabung und Kontrolle nicht so agiert, wie sie es hätte tun sollen.“

Der Bankchef wollte allerdings trotz mehrfacher Nachfragen zu seinem Anteil an diesen fragwürdigen Transaktionen keine weitere Aufhellung geben. Seine Bewertung, dass diese Transaktionen bei Banken üblich waren, daher diese Geschäfte weder illegal, noch ungewöhnlich seien, teile ich nicht. Auch die Wirtschaftsprüfer und eine Reihe von Experten nehmen hier eine deutlich andere Auffassung ein. Es wäre ansonsten auch kaum verständlich, dass sich ein Geschäftspartner in diesem Kreislaufgeschäft, die Bank BNP Paribas, ausdrücklich

in einer Nebenabrede von möglichen bankrechtlichen Konsequenzen freistellen ließ und auf einer Klärung der strittigen Praxis bei den Aufsichtsbehörden drängte.

Dirk Jens Nonnenmacher hat einerseits Verstöße und Fehlentwicklungen eingeräumt, andererseits die Verantwortlichkeiten bei seinen mittlerweile entlassenen Vorstandskollegen abgeladen. Fest steht für mich außerdem, dass der inzwischen zurückgetretene Finanzsenator Freytag bei der Kapitalerhöhung für die HSH Nordbank im Sommer 2008 die Ausschüsse der Hamburger Bürgerschaft über den kritischen Zustand der Bank nicht informiert hat. Auch die Hintergründe dieser Irreführung müssen im weiteren Verfahren untersucht werden.

In der Berichterstattung spielt auch die Aufsichtsratssitzung aus dem März 2008 eine wichtige Rolle. Laut Protokoll dieser Sitzung, warnte der damalige HSH-Chef Berger am 7. März 2008 vor einer "nachhaltigen Gefährdung des Geschäftsmodells". Es bestehe akuter Handlungsbedarf sowie die Gefahr, dass Ratingagenturen die Bank schlechter bewerten könnten. In dem Papier heißt es zudem, dass die Bank frisches Geld benötige. "Der Vorstand habe den Aufsichtsrat bereits im vergangenen Jahr mehrmals über den erforderlichen Kapitalbedarf informiert", wird HSH-Chef Berger in dem Protokoll zitiert. Ausdrücklich bedankte sich Berger in der Sitzung dafür, dass die Probleme der Bank aus dem Hamburger Wahlkampf herausgehalten worden seien. Kurz vor der Bürgerschaftswahl 2008 hatte sich Bürgermeister von Beust geweigert, zur Lage der Bank konkret Stellung zu nehmen.

"Sowohl Dr. Peiner, der ehemalige Aufsichtsratsvorsitzende der HSH Nordbank, als auch Dr. Nonnenmacher, der aktuelle Vorstandsvorsitzende, hatten in Zeugenvernehmungen vor dem Untersuchungsausschuss der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg stets behauptet, dass erst im Zuge der weltweiten Finanzkrise und insbesondere mit der Lehman-Pleite die HSH Nordbank in den Sog gezogen worden sei. Die vorliegenden Informationen belegen erneut, dass sehr wohl bereits Ende 2007 die Bank massiv von der Subprime-Krise erfasst war, und zwar auch aus hausgemachten Gründen.

Senator Freytag war als Aufsichtsratsmitglied über die seit Juli 2007 sich auch bei der HSH Nordbank auswirkenden Subprime-Krise unterrichtet und kannte die Versuche der Bank, sich den Krisenauswirkungen entziehen zu wollen. Die Darstellung der Situation der Bank in der Hamburger Öffentlichkeit seit den Bürgerschaftswahlen durch den Finanzsenator stand in krassem Gegensatz zu seinen Informationen als Aufsichtsratsmitglied.

Schon im Herbst 2007 hatte Michael Freytag persönlich den Vorstand der HSH Nordbank aufgefordert, aufzuklären, welche Risiken aufgrund der aktuellen Marktsituation existieren und wo der Unterschied zur Sachsen LB liege, die bereits durch Stützungen ihre eigenständige Existenz verloren hatte. Die Liquiditätsslage der

HSH war im Herbst 2007 dermaßen angespannt, dass ein Downgrading durch maßgebliche Ratingagenturen zu befürchten und an Neugeschäft schon gar nicht mehr zu denken war. Angespannt, aber nicht kritisch – das war die Sprachregelung in der Bank.

Vorstandsmitglieder haben in Anwesenheit von Freytag darauf hingewiesen, dass das Risiko bestehe, dass die Kernkapitalquoten deutlich absinken könnten. Die regulatorischen Grenzen, die die Bafin vorschreibe, würden erreicht, aber mit diesen Werten könne man am Markt nicht reüssieren. Daher würden alle Möglichkeiten unternommen, RWA-Transaktionen (Ausplatzierung von Risikopapieren und Verbriefungen) zur Verbesserung der Eigenkapitalquoten umzusetzen.

Schon während der Aufsichtsratssitzungen im September und Dezember 2007 ging es zentral um das Geschäftsmodell der Bank. Sie werde nicht allein in der Lage sein, die Gefahr des Downgrading abzuwenden. Insofern wurde mit Hochdruck eine Auslagerung von Risikopapieren und Verbriefungen betrieben. Ein Verkauf kam wegen der Marktbedingungen nicht zustande, deshalb wurde zu dem Mittel der Auslagerungen gegriffen. In den Sitzungen des Vorstandes und Ausschichtsrates wurde als zwingendes Ziel festgelegt, bis Jahresende 2007 eine Verbesserung der Kapitalquoten zu erreichen, um ein Downgrade und eine damit verbundene grundsätzliche Gefährdung des Geschäftsmodells zu vermeiden. Der Transfer von Ausfallrisiken betrug letztlich 17,3 Milliarden Euro mit einer bilanzwirksamen Entlastung des Eigenkapitalbedarfs von 12,6 Mrd. Euro.

Abschließend

Traurige Realität ist, dass die tatsächlichen Entwicklungen noch weitaus dramatischer für die HSH Nordbank gekommen sind, als die Akteure Ende 2007/Anfang 2008 unterstellten. Die Entlastungstransaktionen konnten zwar die Öffentlichkeit täuschen, bewirkten aber keine Sanierung der Bank.

Es blieb auch nicht bei den zwei Milliarden Euro Kapitaleinschuss, darunter eine Milliarde Euro seitens der Freien und Hansestadt. Die Steuerzahler mussten Mittel in die Bank pumpen, um deren Überleben zu sichern. Genau dieses Geld fehlt nun in Hamburg an allen Ecken und Enden (z.B. sollen nun Eltern 100 Euro mehr monatlich für Kita-Gebühren aufbringen).

Die Realitätsferne der Bank-Entscheider bereits Ende 2007 hat zu dieser schrecklichen Situation geführt. Banker mit Kompetenz, Weitsicht und geringerem Selbstoptimierungszwang hätten der Freien und Hansestadt Hamburg und damit dem Steuerzahler viel Geld erspart.

Die Verursacher des angerichteten Desasters müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Wir werden von den Akteuren zwar keine Wiedergutmachung der Schäden erhalten können; aber die Ahndung von diesen Pflichtverletzungen ist ein Beitrag zu einer umfassenden Neuordnung des Finanzsystems in der Bundesrepublik Deutschland.